

Prodis letzte Chance?

Aktueller politischer Kurzbericht Italien

Stefan von Kempis und Dr. Beatrice Gorawantschy, KAS-Paris, den 1. März 2007

Mit dem Vertrauensvotum im Senat am 28. Februar ist die kürzeste Regierungskrise in Italiens Nachkriegsgeschichte schon wieder zu Ende gegangen – fürs erste jedenfalls. Die Aussicht, das Land im Falle eines Scheiterns im Senat von neuem Berlusconi „auszuliefern“, hat Prodis disparates 9-Parteien-Bündnis gerade noch einmal zusammengeschweißt. „Die Regierung ist wie der Schiefe Turm von Pisa“, urteilt Justizminister Mastella: „Sie steht schief, aber sie kippt nicht.“¹ Besonders stolz ist die „Unione“ darauf, dass sie auch ohne die Senatoren auf Lebenszeit mit 158 Stimmen zu 157 eine Mehrheit behaupten konnte; allerdings brauchte sie weitere Stimmen dann doch, um das notwendige Quorum von 162 Stimmen zur Bejahung der Vertrauensfrage zu erreichen.²

Interessanterweise waren es zwei prominente Christdemokraten, auf die sich in diesen Tagen alle Blicke richteten: Zum einen Andreotti, das Urgestein der untergegangenen DC, der mit seiner Nein-Stimme im Senat die Mitte-Links-Regierung am Aschermittwoch ins Trudeln gebracht hatte – und der sie jetzt durch sein Fernbleiben von der erneuten Abstimmung zu retten half. Und zum anderen Follini, der frühere UDC-Parteisekretär, der durch sein Ja zu Prodi im Senat bewiesen hat, wie entschlossen er sich vom Mitte-Rechts-Bündnis abgewandt hat. Die Namen Andreotti und Follini und ihre Rolle bei dieser „crisi“ zeigen, dass das christdemokratische Potential in Italiens Politik weiter vorhanden ist und in Zukunft einen immer wichtigeren Platz zwischen den Blöcken in der politischen Mitte besetzen könnte – in welcher Form auch immer.

Den Verlauf der Krise haben die Medien in diesen Tagen ausführlich geschildert; jetzt, nach ihrem scheinbaren Ende, wendet sich die Aufmerksamkeit wieder anderen Themen zu. Fragen wir dennoch: Was sind die Lehren aus der Regierungskrise, und wie wird es in Rom jetzt weitergehen?

Prodis Bündnis bleibt fragil Auslöser der Krise war eine Abstimmung über die allgemeinen Linien der Außenpolitik, bei der am 21. Februar im Senat die Regierung der Opposition (oder genauer den Oppositionen, nämlich dem „Haus der Freiheiten“ unter Berlusconi und der UDC unter Casini und Cesa) um nur zwei Stimmen unterlag. Überraschend daran war vor allem, dass der Regierungsblock ausgerechnet (und im modernen Italien erstmalig) an einer außenpolitischen Frage zerbrach; nicht hier, sondern in der Innenpolitik liegen eigentlich die großen Konfliktfelder innerhalb des Bündnisses. Außerdem standen die Zeichen für die Regierung doch momentan eigentlich günstig: wirtschaftlicher Aufschwung, steigende Steuereinnahmen, der Haushalt verabschiedet, eine zerstrittene Opposition. Entsprechend groß war denn auch

¹ Die „Ulivo“-Fraktionschefin im Senat Finocchiaro ergänzt, auch Berlusconis erste Regierung sei 1994 nur dank der Senatoren auf Lebenszeit zustande gekommen.

² Bei näherem Hinsehen bleibt die Stimmenmehrheit der Regierung im Senat sehr wacklig; sie hängt u.a. von dem argentinischen Auslandsitaliener Pallaro ab, der erklärt, er wolle künftig nicht mehr das Zünglein an der Waage sein. Die Regierung setzte die Abstimmung im Senat eigens auf den 28. Februar, um einer 97-jährigen Senatorin auf Lebenszeit, die immer mit der „Unione“ stimmt, Zeit zu geben, von einer Reise nach Abu Dhabi zurückzukehren.

die Fassungslosigkeit bei vielen Regierungspolitikern nach dem Crash: Für viele von ihnen war die Abstimmungsniederlage nur eine Art Unfall, und einige Weggefährten Prodis drängten ihn deshalb auch, einfach weiterzumachen und nicht zurückzutreten – aber die Mehrheit war tatsächlich weg.

Aus diesen Umständen des Eintritts in die Krise ergibt sich, dass die Regierungsmehrheit im Senat einfach zu dünn ist, um wirklich zu halten. Bei heiklen Themen grenzt es an Unmöglichkeit, jeden Senator des Bündnisses zu disziplinieren und von einem Nein bzw. einer Enthaltung (was im Senat auf dasselbe hinausläuft) abzuhalten. Zumal Prodis Allianz von konservativen Christdemokraten (Beispiel: Mastella, Udeur) bis hin zu radikalen Kommunisten (Diliberto) weit gespannt ist. Was also jetzt beim Thema Außenpolitik passiert ist, kann – man muss fast sagen: wird – bei einem anderen Thema bald wieder passieren. An heiklen Themen herrscht nämlich kein Mangel:

- Die Frage der italienischen Friedenstruppen in Afghanistan etwa, mit denen sich radikale Pazifisten in Prodis Bündnis weiterhin nicht anfreunden können; über die weitere Finanzierung des Einsatzes müssen bis Mitte März zunächst das Abgeordnetenhaus und dann der Senat befinden. Aus Prodis Umfeld ist zu hören, dass er daran nicht die Vertrauensfrage knüpfen will; Senator Turigliatto von der PRC („Kommunistische Neugründung“) hat schon ein Nein angekündigt. Der Linksdemokrat Fassino hofft darum auf Stimmen aus dem Mitte-Rechts-Block, „nicht um uns einen Gefallen zu tun, sondern weil das Vorhaben richtig ist“. ³ Ein emotional ähnlich aufgeladenes außenpolitisches Thema ist die Erweiterung einer US-Militärbasis bei Vicenza.
- Die Frage der Rentenreform, auf die Prodi zwar in einem 12-Punkte-Pakt unmittelbar nach der Abstimmungsniederlage seine Koalition festgelegt hat, die aber auf Widerstand bei Gewerkschaften und ihnen nahestehenden Mitte-Links-Politikern stößt. Die EU fordert von Italien eine Anhebung des Renteneintrittsalters, linke Politiker halten dagegen.
- Mehrere in der Regierung sehr umstrittene Infrastruktur-Vorhaben, vor allem der TAV, der Hochgeschwindigkeits-Zug von Turin durch das Susa-Tal in Richtung Lyon.
- Und nicht zuletzt „DICO“, ein Gesetzesvorschlag zu den Rechten unverheirateter Paare, gegen den der Vatikan und viele katholische Politiker aus der „Unione“ Sturm laufen. Der Senator auf Lebenszeit Andreotti hat Prodi offenbar nicht aus außenpolitischen Motiven, sondern in Wirklichkeit aus Missvergnügen über die DICO-Pläne seine Stimme am Aschermittwoch versagt. ⁴ Der Premier hat nur Stunden vor der Abstimmung im Senat am letzten Februartag versucht, sich von DICO zu distanzieren: Der Gesetzesvorschlag sei jetzt erstellt, und damit habe die Regierung „ihre Schuldigkeit getan“. Auch im 12-Punkte-Programm, auf das Prodi seine Partner während der Krise einschwor, taucht das Wort DICO nicht mehr auf. Das Thema bleibt dennoch ideologisch

³ „Repubblica“, 1.3.07

⁴ Interview mit „Messaggero“, 1.3.07

aufgeladen und damit eine Zeitbombe für die Regierung; Gesetzesentwürfe müssen in Italien binnen 60 Tagen zu einem Gesetz umgewandelt werden, sonst verfallen sie.

Um die Schwäche des Regierungsbündnisses im Senat hat man zwar schon seit seinem Antreten vor neun Monaten gewusst, aber erst jetzt ist auch der tatsächliche Beweis erbracht, dass die Nähte nicht halten. Schlussfolgerung: Es ist unwahrscheinlich, dass Prodis Regierung die Legislaturperiode zu Ende führen kann, ja auch nur bis ins nächste Jahr hinein überlebt. Der Senator de Gregorio, ein Renegat des Mitte-Links-Bunds, gibt der Regierung deshalb nur noch 90 Tage bis zu ihrem Untergang, der nüchterne Polit-Beobachter Buttiglione von der UDC rechnet mit dem Sturz „ungefähr im Juli“, und 40 Prozent der Italiener glauben laut Meinungsumfrage gleichfalls nur an wenige weitere Monate Prodis im Amt.

Doch wenn das so ist, warum hat dann Präsident Napolitano trotzdem noch einmal Prodi mit der Regierung betraut? Die Gründe dafür hat der Staatschef selbst genannt: Er will dem Land soviel Stabilität geben wie nur möglich, und darum will er vor allem Neuwahlen nach dem jetzt noch gültigen, von Berlusconi durchgepaukten Wahlrecht unbedingt vermeiden. In diesem Wunsch sieht er sich mit einer Mehrheit der italienischen Parteien einig.⁵

Prodi hat deshalb im Senat die Erstellung eines neuen Wahlrechts in größtmöglichem Konsens mit den oppositionellen Kräften auf seine Fahnen geschrieben und in diesem Punkt zunächst um die UDC unter Casini und Cesa geworben, also um das schwächste Glied in der Mitte-Rechts-Kette. Der Premier hofft, dass UDC-Senatoren ihm bei Abstimmungen helfen, wenn er ihnen dafür beim Wahlrecht weit entgegenkommt.⁶

Napolitano hat aber nicht nur Prodi, sondern offenbar auch Berlusconi deutlich zu verstehen gegeben, dass er der Regierung nur noch eine letzte Chance gebe. Unter diesen Umständen ist der Ministerpräsident kaum noch handlungsfähig, tiefgreifende Reformen nur schwer vorstellbar, das Damoklesschwert über seinem Kabinett für alle sichtbar. Die Turiner „Stampa“ rät dem Premier daher, sich jetzt auf einige wenige Bereiche zu konzentrieren, dort starke Führung zu zeigen und Anfang 2008 die Flucht nach vorne in Neuwahlen anzutreten.

Was kommt nach Prodi? AN und Lega Nord wirken erleichtert darüber, dass es jetzt zunächst nicht zu Neuwahlen kommt. Ein früher Wahltermin hätte nur Berlusconi geholfen – die vielleicht letzte Chance des inzwischen 70-Jährigen, noch einmal in den Palazzo Chigi, den Amtssitz des Premiers, einzuziehen. Fini von der AN

⁵ Unter politischen Kommentatoren in Italien herrscht die einhellige Meinung, 19 Parteien wie derzeit seien einfach zuviel; weil Parteienbündnisse bei einer Wahl geschlossen antreten und damit Prozenzhürden überspringen können, sei der Einfluss der kleineren Parteien überdimensional groß.

⁶ Die UDC wünscht sich für Italien das „deutsche Modell“ des Wahlrechts und erhofft sich damit einen Rückgang in der Zahl der Parteien; übrig blieben nach diesen Überlegungen nur vier, nämlich eine extreme und eine gemäßigte Linke, ein Zentrum und eine große Rechtspartei. Aber auch die Lega Nord, Berlusconis engste Verbündete, hat Sympathie für das „deutsche Modell“ entdeckt. Käme Prodi also der UDC entgegen, dann schließe er auch eine Brücke zur Lega. Vom Anti-Berlusconi könnte er also zum Moderator einer blockübergreifenden Verständigung zu mutieren versuchen („Corriere della Sera“, 28.3.07).

hingegen wäre dadurch um seine Hoffnung, Berlusconi als Führer im rechten Lager zu beerben, betrogen worden.⁷ Die oppositionellen Kräfte rechnen fest damit, dass die Kommunalwahlen im Mai für die Mitte-Links-Koalition fatal ausgehen werden.

Zur Einigung über ein neues Wahlrecht haben Parlament und Senat nicht viel Zeit. Wollen sie ein drohendes Referendum zu dem Thema verhindern, müssen sie spätestens im Herbst abstimmen. Sollte die Regierung stürzen, ohne dass ein neues Wahlrecht ausgearbeitet worden ist, dann gilt wohl weiterhin Napolitanos Wunsch, keine Neuwahlen nach dem derzeit gültigen Wahlrecht anzusetzen. Einziger Ausweg bliebe also ein „governo-ponte“, eine Brücken-Regierung, die eine Reform des Wahlrechts zur Hauptaufgabe hätte. Ist diese aber erst einmal erreicht, dann sind – das gilt unter politischen Beobachtern in Italien als ausgemacht – binnen weniger Monate Neuwahlen fällig.⁸

Wie ein solches Kabinett ohne Prodi aussehen könnte, dazu gibt es im spekulationsfreudigen Italien die verschiedensten Varianten und Denkmodelle. Etwa die Grosse Koalition („larghe intese“), eine Option, für die Napolitano eine gewisse Vorliebe zu hegen scheint. Oder ein Kabinett von Experten („tecnici“) bzw. eine so genannte „Regierung der Institutionen“. Medien bringen für diese Varianten als Übergangs-Regierungschefs Senatspräsident Marini, einen früheren Christdemokraten und Gewerkschafter, den derzeitigen Innenminister Amato oder aber den früheren Ministerpräsidenten und Außenminister Dini ins Gespräch. Denkbar ist weiterhin, dass ein Mitte-Links-Politiker wie D'Alema, Fassino, Rutelli oder Veltroni Prodi als Premier ersetzt und die Achse der Regierung weiter nach rechts justiert, also weg von den Linksextremen und hin zu einer Kooperation mit der UDC.

Die UDC, Follini und die Mitte Die UDC hätte sich nach Darstellung ihres Parteisekretärs Cesa schon jetzt statt einer Neubeauftragung des Kabinetts Prodi eine Übergangsregierung unter Marini gewünscht; die Aussicht darauf habe Berlusconi aber durch sein Beharren auf sofortigen Neuwahlen zerschlagen.

Nun kommen aber aus der UDC deutliche Signale, dass die Partei eventuell bereit wäre, eine neue Regierung ohne Prodi und ohne Linksextremisten in wichtigen Fragen mitzutragen. Casini soll über eine solche Möglichkeit mit den führenden Mitte-Links-Politikern außer Prodi gesprochen und viel Bereitschaft dazu entdeckt haben; dann aber hätten sich diese Politiker Prodis Wunsch, mit den Linksextremen weiterzumachen, gebeugt. Und damit gewinnen die ständigen Spekulationen über ein neues Zentrum, ein Wiedererstarken der Christdemokraten in der Mitte des politischen Spektrums, neue Nahrung. Follini sieht sich schließlich mit seiner Ja-Stimme für die Regierung am 28. Februar im Senat nicht als Abtrünnigen, sondern als Vorhut der UDC. Und der derzeit im Mitte-Links-Block beheimatete Christdemokrat Mastella, der sich auch die Bekehrung Follinis zugutehält, wirbt sichtbar um die UDC, mit der Follini und er doch die gleichen Ideale teilen.

⁷ Ohnehin wollen Gerüchte nicht verstummen, dass Berlusconi seine Nachfolge an Fini vorbei regeln wird, indem er die Industrielle und Bürgermeisterin von Mailand Moratti in den Sattel hebt.

⁸ Kein italienisches Parlament nämlich hat bisher eine größere Änderung des Wahlrechts lange überlebt: 1924 nur um 71 Tage, 1953 um 67 Tage, in der letzten Legislaturperiode schließlich um den Jahreswechsel 2005/06 nur um 50 Tage.

Ausblick

Die Tage der Regierung Prodi sind gezählt; das Grundproblem der Allianz, nämlich ihre außerordentliche Heterogenität, ist geblieben, und der Premier hat kaum noch Druckmittel, um seine Mannen zu disziplinieren. Denn ein erneutes Fiasko im Senat würde zwar voraussichtlich zu seinem Sturz, jedoch nicht gleich zu Neuwahlen führen. Der Konsens im Regierungsbündnis ist von einem 281 Seiten starken Programm auf ein Blatt mit zwölf Punkten zusammengeschrumpft.

Was von den Tagen dieser Krise, die wie eine Generalprobe des endgültigen Regierungsturzes wirkte, vielleicht bleiben wird, das ist das Verhalten Marco Follinis, das ist die Bewegung im politischen Zentrum. Außenminister D'Alema (DS) scheint im Bündnis zwischen einem neuen christdemokratischen Zentrum und den gemäßigten Reformern bei DS und Margherita die Zukunft zu sehen: „Gut, dass es die Christdemokraten gibt.“ Was das für die Pläne in DS und Margherita zur Gründung einer gemeinsamen „Demokratischen Partei“ bedeutet, ist im Moment noch schwer zu sagen. An den Kongressen, die die Fusion vorbereiten sollen, halten beide Parteien derzeit fest.